

FORUM FINANZ

Jahresbericht 2002

Wien, Mai 2003



**BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN**

**Jahresbericht der Informationsplattform *Forum Finanz*
des Bundesministeriums für Finanzen
für das Jahr 2002**

Wien, Mai 2003

Auch wenn im Text aus Gründen der Textökonomie nicht explizit ausgeschrieben, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen grundsätzlich gleichermaßen auf Frauen und Männer.

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber:
Bundesministerium für Finanzen
Himmelpfortgasse 8, 1015 Wien

Redaktion und inhaltliche Verantwortung:
Personalentwicklung
Tel.: +43-1-514 33/1106

Druck: Druckerei des
Bundesministeriums für Finanzen

Wien, Mai 2003

VORWORT

Wie jedes Jahr konnte **FORUM FINANZ** auch im Jahr 2002 seine Tätigkeit weiter erfolgreich ausbauen.

Zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionen haben wieder nationale und internationale Experten zusammengebracht.

Die Themenauswahl reichte von EU-spezifischen Themen über Arbeitsmethoden und -konzepten bis hin zu zukunftssträchtigen Veranstaltungen wie "Finanzielle Auswirkungen der Bevölkerungsalterung" oder "Wissensgesellschaft und Wissensökonomie", mit Generaldirektor Robert Verrue, DG Informationsgesellschaft der EU-Kommission und O.Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy, Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung, Österreichische Akademie der Wissenschaft.

Weiters wurden topaktuelle Themen wie "Der Solidaritätsfond der EU", "Das Steuerpaket gegen die Katastrophe" oder "Abfertigung neu", die letzten beiden mit Univ.Doz. GL Dr. Peter Quantschnigg, Leiter der Gruppe für Steuerpolitik, organisiert und in die Veranstaltungspalette eingereiht.

Nicht zuletzt konnte mit der Veranstaltung "Gender Mainstreaming" die Chancengleichheit der Geschlechter im BMF weiter gestützt werden.

Allen Mitwirkenden und Referenten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von **FORUM FINANZ** sei an dieser Stelle für ihren Einsatz herzlichst gedankt. Insbesondere soll auch den Kooperationspartnern der Dank für ihre Mithilfe ausgesprochen werden. Das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, die Diplomatische Akademie, die Donau Universität Krems, das Managementzentrum St. Gallen, um nur einige zu nennen, haben durch ihre Kooperationsbereitschaft wesentlich zum Erfolg von **FORUM FINANZ** beigetragen.

Ich hoffe ihr Interesse an unseren Veranstaltungen auch im Jahr 2003 wieder wecken zu können und lade alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, Themenvorschläge für das kommende Jahr einzubringen.

Dipl.-Soz. Dipl.-Kfm. Michael Svoboda
Leiter der Präsidialsektion

INHALT

WISSENSGESELLSCHAFT UND WISSENSÖKONOMIE	9
PROJEKTMANAGEMENT	11
EU-GRUNDZÜGE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK 2002	13
ABFERTIGUNG NEU	15
FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DER BEVÖLKERUNGSSALTERUNG	17
GENDER MAINSTREAMING	19
DAS STEUERPAKET GEGEN DIE KATASTROPHE	21
DER SOLIDARITÄTSFONDS DER EU	23
EU-REGELN FÜR DIE STABILITÄTSZIELE	25
GEMEINSAME PRÜFUNG LOHNABHÄNGIGER ABGABEN	27
AUFSATZWETTBEWERB	29
PUBLIKATIONEN	30

31. Jänner 2002

Veranstaltung gemeinsam mit der Donau-Universität Krems und dem
Managementzentrum St. Gallen

Teil 1 – Die lernende Organisation, Dimensionen eines umfassenden
Wissensmanagements 4. Oktober 2001

Teil 2 – Praktische Anwendungsbeispiele und –möglichkeiten von
Wissensmanagement 11. Dezember 2001

Teil 3 – Wissensgesellschaft und Wissensökonomie 31. Jänner 2002

REFERENTEN

- Generaldirektor Robert Verrue
DG Informationsgesellschaft der
EU-Kommission
- O.Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy
Leiter des Instituts für Technik-
folgenabschätzung, Österreichische
Akademie der Wissenschaft



MODERATION

- Dr. Kurt Bayer
Leiter der Gruppe Wirtschaftspolitik im BMF

THEMA

Nachdem im ersten Teil der Diskussionsreihe zum Thema „Wissensgesellschaft und Wissensmanagement“ von einer hochkarätigen Expertenrunde die wissenschaftliche Basis und die zahlreichen Ansatzmöglichkeiten aufbereitet und in voller Breite des Themas dargestellt wurden, hat sich der zweite Teil mit der Präsentation von praktischen Anwendungsbeispielen beschäftigt. Im dritten Teil der Reihe wurden die Auswirkungen dieser Entwicklungstendenzen auf Wirtschaft und Gesellschaft beleuchtet.



6. Mai 2002

REFERENT

- Mag. Christian Sterrer
Geschäftsführender Gesellschafter von next level consulting

THEMA

Im Zuge des Vortrags wurde ein Überblick über die wesentlichen PM-Professionalisierungsmaßnahmen gegeben. In der anschließenden Diskussion gab es die Möglichkeit über die Relevanz in der öffentlichen Verwaltung zu diskutieren.

- Projektbegriff, Abgrenzung zu „Linienaufgaben“
- Überblick Projektorientiertes Unternehmen (POU)
- Vorstellung einer ganzheitlichen Projektmanagement-Professionalisierung anhand eines internen Projektes
 - Projektstrukturplan
 - Projektorganisation
- Organisationsentwicklung im POU
 - PM-Richtlinien
 - PM Standards
 - Multiprojektmanagement (Projektedatenbank)
- Personalentwicklung im POU
 - PM-Ausbildung für Projektleiter, Projektmitarbeiter und Führungskräfte
 - Projektcoaching
 - Karrierepfade im PM
 - Honorierungssysteme im PM
- Stufenmodell der PM-Professionalisierung



13. Mai 2002

REFERENT

- Dr. Karl Pichelmann
Wirtschaftsberater in der General-
direktion ECFIN der Europäischen
Kommission

MODERATION

- Sektionschef Mag. Thomas Wieser
Leiter der Integrations- und Zoll-
sektion im BMF



THEMA

Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik sind jenes Dokument, in dem die Finanz- und Wirtschaftsminister nach Genehmigung durch den Europäischen Rat im Juni einmal jährlich die wirtschaftspolitische Gesamtstrategie der Union und der Mitgliedstaaten vereinbaren. In diesen Grundzügen sind auch Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zur Fiskal-, Beschäftigungs- und Kapitalmarktpolitik enthalten

INFORMATION

Der Entwurf der Grundzüge der Wirtschaftspolitik kann im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://europa.eu.int/comm/economy_finance/document/econeur/beg/begidxen.htm

Die Reform aus steuerlicher, kapitalmarktrechtlicher und arbeitsrechtlicher Sicht am Ende des Begutachtungsverfahrens

13. Juni 2002

Veranstaltung gemeinsam mit dem Institut für Finanzwissenschaft und Steuerrecht

REFERENTEN

- Univ.Do. GL Dr. Peter Quantschnigg
Leiter der Gruppe für Steuerpolitik des BMF
- AL Dr. Peter Erlacher
Leiter der für das Kapitalmarktrecht
zuständigen Abteilung im BMF
- Mag. Walter Neubauer
Leiter des Referats Arbeitsvertragsrecht
des BMWA



FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DER BEVÖLKERUNGSSALTERUNG

Wie können wir unsere Pensions- und Gesundheitssysteme nachhaltig absichern?

26. Juni 2002

Veranstaltung gemeinsam mit dem Institut für Finanzwissenschaft und Steuerrecht

REFERENT

- MMag. Peter Part
Abteilung für Grundsatzfragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und der europäischen Integration im BMF



THEMA

Die Bevölkerungsprognosen von Statistik

Austria über den Zeitraum 2000-2050 ergeben, dass die Bevölkerungszahl mit etwa 8,1 Mio. Personen zwar relativ stabil bleiben wird. Der Anteil der älteren Menschen an der Erwerbsbevölkerung wird sich jedoch mehr als verdoppeln. Dies hat zur Folge, dass zum einen das Arbeitsangebot und dadurch auch das Wachstumspotential sinkt. Zum anderen bewirkt dies erhebliche finanzielle Mehr-



belastungen im öffentlichen Pensions-, Gesundheits- und Alterspflegebereich. Projektionen für diese Bereiche zeigen eine Zusatzbelastung für die öffentlichen Haushalte von insgesamt etwa 5-6 %-Punkten des BIP. Dies gefährdet die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen insgesamt. Dieser enormen Herausforderung kann über eine 3-Säulenstrategie begegnet werden:

- 1) Maßnahmen zur Erhöhung des Wachstums- und Beschäftigungspotentials, insbesondere zur Steigerung der Beschäftigungsquoten im Lichte der Lissabon- und Stockholmziele;
- 2) Reformen in den Pensions- und Gesundheitssystemen;
- 3) raschere Verringerung der öffentlichen Schuldenquote zur Erhöhung budgetärer Spielräume.

GENDER MAINSTREAMING

Umsetzung der Strategie zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern

2. Juli 2002

BEGRÜSSUNG

- Dr. Alfred Finz
Staatssekretär im BMF



REFERENTEN

- Univ.Do. GL Dr. Peter Quantschnigg
Leiter der Gruppe für Steuerpolitik
im BMF
- Dkfm. Dr. Anton Rainer
Leiter der Abteilung für
Strukturfragen der Steuerpolitik
- Dr. Kurt Bayer
Leiter der Gruppe Wirtschaftspolitik
und Internationale Angelegenheiten
im BMF

- Mag. Bernadette Gierlinger
Projektteam im BMF

MODERATION

- Dr. Elfriede Fritz
Abteilungsleiterin und GM-Beauftragte im BMF

THEMA

Gender Mainstreaming (GM) als neue Handlungsstrategie in der Gleichstellungspolitik will eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen mit dem Ziel einbringen, dass die Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Politikbereichen und bei allen politischen Maßnahmen berücksichtigt wird. Im BMF befasst sich seit 2001 eine Arbeitsgruppe GM mit Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Strategie im eigenen Kompetenzbereich.

INFORMATION

Die Studie „Ist das österreichische Steuersystem tatsächlich geschlechtsneutral?“
ist auf der Homepage des BMF abrufbar: www.bmf.gv.at

19. September 2002

Veranstaltung gemeinsam mit dem Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht

REFERENT

- GL Univ.-Doz. Dr. Peter Quantschnigg
Leiter der Gruppe für Steuerpolitik im BMF

THEMA

Nachdem im August 2002 eine verheerende Hochwasserkatastrophe die Existenz zahlreicher Privatpersonen und Unternehmen weiter Teile Österreichs buchstäblich weggespült hat, wurden neben direkter finanzieller Soforthilfe zahlreiche Maßnahmen gesetzt. Zur Unterstützung der Spendenfreudigkeit wurde eine Reihe steuerlicher Vergünstigungen geplant. Unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesministeriums für Finanzen wurde seitens der Bundesregierung das Hochwasserentschädigungsgesetz beschlossen. Trotzdem und trotz der schwachen Konjunktur konnte am Defizitziel festgehalten werden.



DER SOLIDARITÄTSFONDS DER EU

Die Katastrophe der EU für Österreich

7. November 2002

Veranstaltung gemeinsam mit dem Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht

REFERENTEN

- MR Mag. Brigitte Brenner
Leiterin der Gruppe Krisenmanagement
im BKA
- MR Mag. Manfred Lödl
Leiter der für das EU-Haushaltswesen
zuständigen Abteilung im BMF

THEMA

MR Lödl vom BMF (Abt. EU-Haushalt) berichtete über ein neues Instrument im Rahmen des EU-Haushaltes, den EU-Solidaritätsfonds. Dieses Instrument wurde im Gefolge der Hochwasserkatastrophe vom August 2002 eingerichtet und ermächtigt die Kommission, nach Zustimmung durch Rat und EP, jenen Mitgliedstaaten und Beitrittswerbern Finanzhilfen zu gewähren, welche von einer Naturkatastrophe größeren Ausmaßes getroffen werden. Für solche Hilfeleistungen können jährlich bis zu insgesamt 1 Mrd. EURO im Rahmen des EU-Haushaltes mobilisiert werden. Zur Einrichtung des Instrumentes mussten entsprechende Rechtsgrundlagen, u.a. im Rahmen des EU-Haushaltsrechts, getroffen werden.

Im aktuellen Fall wurden insgesamt 728 Mio. EURO für Deutschland, Tschechien, Frankreich und Österreich bereitgestellt; hievon 134 Mio. EURO für Österreich.



EU-REGELN FÜR DIE STABILITÄTSZIELE

Was zeigen konjunkturbereinigte Budgetsalden?

27. November 2002

Veranstaltung gemeinsam mit dem Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht

REFERENT

- Dr. Alfred Katterl
Stv.Leiter der Abteilung für
Wirtschaftspolitik im BMF

THEMA

Im Jahr 2002 wurden zwei wichtige Beschlüsse zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU getroffen. Zum einen wurde vereinbart, dass die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vor dem Hintergrund des sogenannten Produktionsfunktionsansatzes zur Berechnung des Wachstumspotenzials jedes Landes geprüft werden sollen. Dies hat Auswirkungen auf die Berechnung des „strukturellen“ bzw. „konjunkturbereinigten“ Budgetsaldos eines Landes. Zum anderen hat die Euro-Gruppe am 7. Oktober 2002 beschlossen, dass jene Länder, deren öffentliche Haushalte noch ausgeglichen sind oder einen Überschuss aufweisen, ab 2003 jedes Jahr strukturell um zumindest 0,5 %-Punkte des BIP konsolidieren müssen. Im Vortrag wurden die alten und das neue Konzept für das Wachstumspotenzial auf Basis österreichischer Daten verglichen. Ebenso wurde der Beschluss der Euro-Gruppe und seine Auswirkungen auf die Haushaltspolitik analysiert.



4. Dezember 2002

Veranstaltung gemeinsam mit dem Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht

REFERENTEN

- SC Dr. Wolfgang Nolz
Leiter der Abgabensektion im BMF
- Geschäftsführer Dr. Josef Probst
Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger
- Mag. Herbert Choholka
Leiter der Abteilung Melde-,
Versicherungs- und Beitragswesen
Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger
- Dietmar Pilz
Stv. Geschäftsführer des Stmk. Gemeindebundes
- GL Mag. Heinrich Treer
Leiter der Gruppe IV/B, Steuern im BMF



THEMA

Die gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben wurde mit dem zweiten Abgabenänderungsgesetzes 2002, BGBl I 2002/12 gesetzlich verankert. Gegenstand ist die Prüfung von Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag, Sozialversicherungsbeiträgen und Kommunalsteuer im Rahmen eines einzigen Prüfungsvorganges. Ab 1. Jänner 2002 dürfen keine isolierten Prüfungen dieser Abgaben mehr erfolgen, sondern hat mit einer Lohnsteuer- oder Sozialversicherungsprüfung immer auch die Prüfung der anderen Abgaben zu erfolgen. Gegenstand des Vortrages waren einerseits die gesetzlichen Grundlagen, andererseits das Projekt zur organisatorischen Umsetzung. Zukünftig werden 250 Prüfer der

Finanzverwaltung und 250 Prüfer der Krankenversicherungsträger diese gemeinsame Prüfung vollziehen, die Gemeinden haben keinen eigenen Prüfungskörper mehr.

Das Projekt umfasst vier Teilprojekte:

1. Organisatorische Maßnahmen - insbesondere Ausbildung und Schulung
2. EDV - insbesondere einheitliche Ausstattung aller Prüfer mit Hard- und Software
3. Kommunalsteuer - Anbindung der Gemeinden an das Verfahren
4. Lohnzettel - Zusammenfassung von Lohnzettel und Beitragsgrundlagennachweis

Das gesamte Vorhaben wurde von Vortragenden und Besuchern als gelungenes Verwaltungsreformprojekt mit Effizienzsteigerungen für alle beteiligten Behörden gesehen.



18. Dezember 2002

ORGANISATOR

- Dr. Kurt Bayer
Leiter der Gruppe Wirtschaftspolitik und Internationale
Angelegenheit im BMF

Im Jahr 2002 wurde zum vierten Mal in Folge ein Aufsatzwettbewerb für Jung-Ökonominnen und Jung-Ökonome veranstaltet. Ziel ist es primär, junge Akademikerinnen und Akademiker mit den für das Bundesministerium für Finanzen interessanten Themen und der Bearbeitung wirtschaftspolitisch relevanter Vorschläge vertraut zu machen. Andererseits sollen auch dem Bundesministerium für Finanzen interessante Politikvorschläge einem weiteren als dem üblichen Kreis verfügbar gemacht werden. Eine renommierte Jury aus Fachleuten innerhalb und außerhalb des Hauses hat die Aufsätze bewertet.

THEMEN

- Budgetpolitische Voraussetzungen zur Senkung der Abgabenquote auf unter 40 %
- Volkswirtschaftliche Kriterien einer nachhaltigen Steuerreform für Österreich
- Auswirkung der Basel-2 Reform auf die Finanzierung österreichischer Unternehmen

Die zwei besten Arbeiten wurden in der wissenschaftlichen Publikationsreihe Working Papers publiziert.



BILANZEN UND BERICHTE

- ⇒ **Budget 2002.**
Budgetrede des Bundesministers für Finanzen vor dem Nationalrat.
Wien, 1. März 2001.
- ⇒ **Countdown zum Nulldefizit.**
Leistungsbericht 2000-2002.
Wien, April 2001. (d/e)
- ⇒ **Versicherungsaufsicht.**
Jahresbericht 2000.
Wien, September 2001. (d/e)
- ⇒ **Österreichische Wirtschafts- und Budgetzahlen 2001/2002.**
Wien, April 2002. (d/e)
- ⇒ **Forum Finanz.**
Jahresbericht 2001.
Wien, Mai 2002.
- ⇒ **Betrugsbekämpfung 2001.**
Wien, Juli 2002.

BROSCHÜREN UND RATGEBER

- ⇒ **Zollbestimmungen für Reisende im Grenzverkehr**
Informationen für Grenzbewohner, Grenzarbeitnehmer und im grenzüberschreitenden Beförderungsgewerbe tätige Personen.
Wien, Jänner 2002.
- ⇒ **Zoll-Info 2002.**
Zoll-Tipps für die Einreise nach Österreich.
Wien, Jänner 2002. (d/e)
- ⇒ **Das Steuerbuch 2002.**
Tipps für Lohnsteuerzahlerinnen und Lohnsteuerzahler.
Wien, April 2002. (d/e/türkisch/serbisch/kroatisch/slowenisch/ungarisch)
- ⇒ **Vereine und Steuern.**
Tipps für Vereine und ihre Mitglieder.
Wien, Juli 2002.
- ⇒ **Das Selbständigenbuch.**
Steuerleitfaden für neugegründete Unternehmen.
Wien, Juli 2002. (d/e)
- ⇒ **UID INFO.**
Auf dem Weg zur Steuerfreiheit im Binnenmarkt.
Wien, November 2002.
- ⇒ **Finanzamt geht Online.**
Ihr Steuerausgleich per Internet!
Wien, Dezember 2002.

SCHRIFTENREIHE

- ⇒ **Der Beamte als Aufsichtsrat. Und: Keine Einflußmöglichkeiten der öffentlichen Verwaltung auf ausgegliederte Rechtsträger?**
Wien, Mai 1999.
- ⇒ **Das Mehrwertsteuerrecht der EU.**
Wien, August 1999. (vergriffen)
- ⇒ **Die Verbrauchsteuern der EG.**
Wien, September 1999.
- ⇒ **Internationale Geschäftsfälle in der Betriebsprüfung.**
Wien, Oktober 1999.
- ⇒ **Berufungssenate in der Finanzverwaltung.**
Wien, Oktober 2000.
- ⇒ **Grenzen des Wachstums – Wachstum ohne Grenzen.**
Wien, März 2001.
- ⇒ **Österreichs Doppelbesteuerungsabkommen. Standortpolitische Bedeutung, Verhandlungsablauf, Abkommensziele.**
Wien, September 2001.

WORKING PAPERS

- ⇒ **Koordination der Wirtschaftspolitik in der EU.**
Working Paper 1/2000. Wien, Januar 2000.
(vergriffen)
- ⇒ **Regulatoren in Netzwerkindustrien - Eine polit-ökonomische Synthese.**
Working Paper 2/2000. Wien, Januar 2000.
(vergriffen)
- ⇒ **Indexprobleme der realen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Verzerrungen bei Prognosen und Analysen.**
Working Paper 3/2000. Wien, März 2000. (vergriffen)
- ⇒ **Aktuelle Herausforderungen für die österreichische Wirtschaftspolitik in der WWU.**
Working Paper 4/2000. Wien, August 2000.
- ⇒ **Österreichische Budgetpolitik in der WWU.**
Working Paper 5/2000. Wien, August 2000.
- ⇒ **Österreichische Strukturpolitik in der WWU.**
Working Paper 6/2000. Wien, August 2000.
- ⇒ **Österreichischer Finanz- und Kapitalmarkt in der WWU.**
Working Paper 7/2000. Wien, September 2000.
- ⇒ **Entwicklung der Definition für das mittelfristige Budgetziel in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.**
Working Paper 8/2000. Wien, September 2000.
- ⇒ **Der Vertrag von Nizza: Ein Wegweiser für die Europäische Integration.**
Working Paper 1/2001. Wien, April 2001.
- ⇒ **Österreich im neuen Europa. Überblick über die Argumente zur EU-Erweiterung.**
Working Paper 2/2001. Wien, Mai 2001.
- ⇒ **EU-Erweiterung: Budgetäre Auswirkungen wirtschaftlicher Anpassungsszenarien.**
Working Paper 3/2001. Wien, Juni 2001.
- ⇒ **Das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell – Stand der Umsetzung ein Jahr nach Lissabon.**
Working Paper 4/2001. Wien, August 2001.
- ⇒ **Strukturindikatoren.**
Working Paper 5/2001. Wien, Oktober 2001.
- ⇒ **Renditen der Universitätsausbildung.**
Working Paper 6/2001. Wien, Oktober 2001.
- ⇒ **Austria: Public Pension Projections 2000 – 2050.**
Working Paper 7/2001. Vienna, October 2001.
- ⇒ **Euro exchange rate policy: Institutions and procedures.**
Working Paper 8/2001. Vienna, October 2001.
- ⇒ **Verteilungspolitische Aspekte von Kapitalsteuerwettbewerb.**
Working Paper 1/2002. Wien, Februar 2002.
- ⇒ **The Euro, the Dollar, and the International Monetary System**
Working Paper 2/2002. Vienna, February 2002.
- ⇒ **Reale Konvergenz im Euroraum mit besonderer Berücksichtigung der EU-Osterweiterung**
Working Paper 3/2002. Wien, Februar 2002.
- ⇒ **An Equilibrium Analysis of International Fiscal Transfers as Insurance against Asymmetric Shocks**
Working Paper 4/2002. Wien, Februar 2002.
- ⇒ **Die österreichischen Wachstumsprognosen 1978 bis 1999**
Working Paper 5/2002. Wien, Juni 2002
- ⇒ **Die Verfahren zur Sicherung der Konvergenz in der Europäischen Union.**
Working Paper 6/2002. Wien, Juni 2002.
- ⇒ **Kleine und mittlere Unternehmen.** Übersicht über Bedeutung, bereits getroffene und mögliche weitere Maßnahmen auf EU-Ebene und in Österreich (Materialsammlung)
Working Paper 7/2002. Wien, September 2002.
- ⇒ **Finanzielle Auswirkungen der Bevölkerungsalterung.**
Working Paper 8/2002. Wien, November 2002.

Kostenlose Bestellungen der Publikationen:

Bundesministerium für Finanzen

Öffentlichkeitsarbeit

Himmelpfortgasse 8, 1015 Wien

Tel.: +43-1-514 33/1346 (Mo bis Fr von 08.00 Uhr bis 15.30 Uhr)

Internet: www.bmf.gv.at (Rubrik Publikationen)

